

Eidgenössisches Departement für
Wissenschaft, Bildung und Forschung
WBF

sonja.henrich@sbfi.admin.ch

Bern, 3. Dezember 2024



**Sozialdemokratische
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Änderung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes, die wir gerne nutzen.

Die SP Schweiz begrüsst die Bemühungen des WBF zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Schweiz. Neben der verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie etwa durch die Senkung von Kita-Gebühren (Kita-Gesetz; Kita-Initiative) erachten wir Massnahmen zum Abbau von Bildungsbarrieren als zentralen Puzzleteil zur stärkeren Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials. Im Rahmen seines Massnahmenpakets zur Bekämpfung des Fachkräftemangels hat das WBF 2024 daher Massnahmen zur Stärkung der Praxisorientierung beim Fachhochschulzugang ergriffen. So ist es im Rahmen einer Pilotphase den Fachhochschulen (FH) nun seit 10 Jahren erlaubt, befristet in Studiengängen, welche zu Berufen im MINT-Bereich ausbilden, sogenannte praxisintegrierte Bachelorstudiengänge (PiBS) anzubieten. Für diese können Gymnasialmaturand:innen (GM) und Berufsmaturand:innen (BM), die über keine berufliche Grundbildung in einem der Studienrichtung verwandten Beruf verfügen, direkt zum Bachelorstudium zugelassen werden. Auf der Grundlage eines Wirkungsberichts des SBFI von 2023 hat das WBF nun entschieden, die so genannten PiBS mittels einer Änderung des HFKG zu verstetigen.

Die SP Schweiz unterstützt und begrüsst im Grundsatz, dass das berufsbegleitende Studium weiter gefördert und gestärkt werden soll. Gleichzeitig sehen wir in der Verstetigung der PiBS aber auch Schwierigkeiten. So stellt das neue vorgeschlagene Modell faktisch eine Veränderung des dualen Bildungssystems dar, da es z.B. Kantonsschüler:innen den Zugang zu einem Fachhochschulstudium ohne vorherige Berufserfahrung ermöglicht. Wenn Kantonsschüler:innen die Möglichkeit geboten wird, die fehlende Berufspraxis während des Studiums zu erwerben, wäre es konsequent, auch Berufsmaturanden einen Studiengang an Universitäten anzubieten, der es ihnen erlaubt, ihre fehlenden akademischen Kompetenzen während des Studiums nachzuholen. Ein solches Modell wäre jedoch kaum mehrheitsfähig.

Für die SP Schweiz steht daher fest: Der Regelzugang zu einem Fachhochschulstudium soll weiterhin über die Berufsbildung bzw. die Berufsmaturität erfolgen. Es darf in diesem Sinn mit der Verstetigung des praxisintegrierten Bachelorstudiengangs (PiBS) nicht zu einer Verdrängung auf Kosten der Berufslehre oder der Berufsmaturität kommen.

Die Resultate der Wirkungsanalyse zeigen zudem, dass der Pilotversuch die gesetzten Ziele nur begrenzt erreicht hat: Das vorgeschlagene Modell leistet keinen nachhaltigen Beitrag zur Eindämmung des Fachkräftemangels (siehe Berichterstattung des SBFI zur Wirkungsanalyse 2023). Es fragt sich daher, ob die erzielten Ergebnisse ausreichend sind, um dafür an den grundlegenden Prinzipien des Bildungssystems grössere Veränderungen vorzunehmen.

Es stellt sich zudem die Frage, warum in diesem Zusammenhang ein PiBS nur auf die MINT-Bereiche beschränkt bleiben soll. Es zeigt sich in verschiedenen Branchen, v.a. auch in der Pflege, dass ein akuter Fachkräftemangel besteht. Aus Sicht der SP Schweiz wäre es daher folgerichtig, die (PiBS) auf alle Fachhochschul-Fachbereiche auszudehnen – ein Vorschlag, der im Schweizerischen Hochschulrat so bereits einmal auf dem Tisch lag. In diesem Sinn ist es aus Sicht der SP Schweiz auch vorstellbar, den Pilotversuch unter der Prämisse der Ausdehnung auf alle Fachhochschul-Fachbereiche um weitere 10 Jahre zu verlängern und die Massnahme 2035 erneut zu evaluieren.

Wir danken, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen.

SP Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Sandro Liniger
Politischer Fachsekretär